

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

schalom

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

57. Jahrgang

2/2025

€ 3,-



Leitartikel

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Israel befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Der latente Krieg ist in aller Deutlichkeit manifest geworden. Tel Aviv, Haifa, Jerusalem, Be'er Scheva und viele andere Orte werden mit Drohnen und Raketen angegriffen.

Der Krieg in Gaza dauert an, die Hamas nutzt die Zivilbevölkerung nach wie vor als »Schutzschild«. Wenn ich diese Zeilen schreibe, sind mehr als 620 Tage seit dem Terrorangriff des 7. Oktobers vergangen und die Geiseln sind immer noch nicht frei.

Das iranische Atomprogramm ist in eine entscheidende, gefährliche Phase eingetreten und deshalb hat Israel einen unvermeidlichen Präventivschlag gestartet, der zu einem aktuellen Krieg mit Angriffen auf die israelische Zivilbevölkerung geführt hat. Gerade aktuell haben die Streitkräfte der USA die Standorte des iranischen Nuklearprogramms angegriffen und die Anlagen vielleicht vernichtend getroffen.

Es herrscht Krieg und gerade jetzt brauchen unsere Freundinnen und Freunde in Israel unsere Zuwendung, Unterstützung und Solidarität.

Es gibt nach unserer Information bisher 24 Todesopfer und viele, zum Teil sehr schwer Verletzte. Während die israelischen Streitkräfte ihre Angriffe auf das Atomprogramm, auf militärische Ziele und die Repräsentanten des Regimes konzentrieren, greift das iranische Regime und seine Helfershelfer primär die Zivilbevölkerung in Israel an!

Wir sind in ständigem Kontakt mit Israel und wünschen unseren

Freundinnen und Freunden alles Gute und besonders Gesundheit und Unversehrtheit!

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft ist die Organisation der Freundinnen und Freunde Israels in Österreich. Unsere grundsätzliche Freundschaft mit Israel betrifft alle Menschen in Israel, unabhängig von Geschlecht, politischer Einstellung, sexueller Orientierung, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit!

Wir stehen hinter Israel und den zentralen Forderungen:

- Es darf kein iranisches Nuklearwaffenprogramm geben!
- Alle Geiseln, die noch gefangen sind, müssen unverzüglich freigelassen werden!
- Die Hamas darf in der zukünftigen Gestaltung von Gaza keine Rolle spielen!

Die Betonung und Unterstützung dieser Forderungen sind ein zentrales Element unserer Aktivitäten. Wir sehen jedoch auch aktuell einen immer mehr steigenden Antisemitismus in Europa und weltweit. Das betrifft leider auch Österreich, wo die Anzahl der antisemitischen Übergriffe ständig zunimmt.

Die Bekämpfung des Antisemitismus ist ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Gesellschaft und wir werden die Aktivitäten dazu stark ausbauen.

Ich wünsche allen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden einen schönen, erholsamen Sommer und eine gute und möglichst bald friedliche sichere Zukunft!



Mit lieben, sehr besorgten Grüßen
Euer

A handwritten signature in black ink, appearing to read "P. Florianschütz".

Peter Florianschütz MA MLS
Erster Präsident
der Österreichisch-Israelischen
Gesellschaft

**Werden auch Sie Mitglied
der Österreichisch-
Israelischen Gesellschaft!
Die Zeitschrift »Schalom«
ist inkludiert!**

Die Freundschaft mit den Menschen in Israel ist uns wichtig!
Das Formular finden Sie auf unserer Website: www.oeig.at
Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit und erwägen Sie eine Spende!



Gedruckt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“,
Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21, Reprographie, UW-Nr 835

Gedruckt auf ökologischem Papier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“. CO2 kompensiert produziert

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der ÖIG!

Sommer 2025 – während in westeuropäischen Städten Vielfalt gefeiert wird, durchzieht eine Welle der neuerlichen Gewalt Wohngebiete in Israel: Raketen und Drohnen, abgeschossen vom Mullah-Regime in Teheran, haben bereits Dutzende Menschen getötet, Hunderte teils schwer verletzt. Es bleibt zu hoffen, dass mit Hilfe der IDF jedes iranische Waffenpotenzial dauerhaft zerstört werden kann, so dass die Menschen in Israel wieder ohne Angst schlafen können.

Als Chefredakteur des Schalom ist mir durchaus bewusst, dass unser Medium nicht die tagesaktuelle Berichterstattung aus der Region widerspiegeln kann. Sie als Leserin und Leser machen sich ein Bild der Realität durch die Tagespresse und anderer Medien. In der aktuellen Ausgabe widmet sich daher Peter Florianschütz mit seiner Einschätzung der Lage.

Unser Redakteur Ben Segenreich berichtet aus Israel über die vielen »Missverständnisse«, denen das Land im Ausland ausgesetzt ist und ordnet viele Punkte der teilweise in Propaganda umgeschlagenen Meinung ein. Kerstin Neumann, engagiertes Mitglied der ÖIG, widmet sich einem Thema, das in der aktuellen Konfliktsituation nicht immer ausreichend beleuchtet wird: Wissenschaft und Solidarität! Bettina Müller besuchte im Rahmen der ViennaUp eine Veranstaltung zur Innovationskraft israelischer Unternehmen und berichtet darüber. Wie immer haben wir einige Minis gesammelt sowie einige lohnenswerte Bücher besprochen.

Hinweisen möchte ich noch auf einen Wechsel in der Geschäftsleitung der ÖIG: Aus persönlichen Gründen ist Andrea Hladky von ihrem Posten als 1. Generalsekretärin zurückgetreten. Der Vorstand hat auf seiner letzten Sitzung Ilse Fitzbauer zu ihrer Nachfolgerin bestimmt. Sie wird sich bei der anstehenden Generalversammlung den Mitgliedern vorstellen.

Viele von uns sind verunsichert, hin- und hergerissen zwischen manchmal über Jahrzehnte gewachsener Verbundenheit mit Israel und den aktuellen politischen Entscheidungsträgern, die eine teilweise perspektivlose Politik betreiben. Andere wiederum begrüßen diese Vorgehensweise. Es ist unmöglich, im Durcheinander der Gefühle neutral und objektiv Ordnung zu schaffen. Aber sich über die Streit- und Schmerzpunkte wenigstens zu verstündigen, dass müssen wir alle als Freundinnen und Freunde Israels weiterhin versuchen!

In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Ihr Michael Laubsch,
Chefredakteur und 2. Generalsekretär ÖIG

Inhalt

- 4–6** Dem selbsterklärten Erzfeind die Stirn bieten
- 7–9** Israel und die vielen Missverständnisse
- 10–13** Israelische Universitäten und akademische Einrichtungen brauchen unsere Solidarität. Jetzt!
- 14–15** AICC-Veranstaltung anlässlich der ViennaUp – Startup-Messe
- 16–17** Minischaloms
- 18–19** Ex Libris

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber:

Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG),
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich,
www.oeg.at, office@oeg.at

Präsidenten:

Peter Florianschütz und Markus Figl

Generalsekretäre:

Ilse Fitzbauer, Michael Laubsch

Redaktion:

Michael Laubsch,
Peter Florianschütz, Markus Figl,
Bettina Müller

Layout:

Ulrike Mayrhuber

Bankverbindung:

Bank Austria, IBAN: AT561100000262620801,
BIC: BKAUATWW

Die Meinungen in den Artikeln von Schalom sind diejenigen der Autor_innen und repräsentieren nicht die offizielle Position der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft.

Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion nimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge und Leserzuschriften können auch redaktionell gekürzt wiedergegeben werden.

Titelbild Cover: Kerstin Neumann

Dem selbsterklärten Erzfeind die Stirn bieten

Eine Einordnung von Peter Florianschütz

Die aktuelle Ausformung des grundsätzlichen Konfliktes im Nahen Osten rund um den Staat Israel und die damit einhergehen Diskussionen und Narrative machen eine Einordnung genau dieser Diskussion notwendig. Dies ist der Versuch eines Beitrages dazu.

In der Auseinandersetzung zwischen dem Staat Israel und der islamischen Republik Iran geht es nicht um eine Auseinandersetzung von Bevölkerungen, sondern um den ideologisch bestimmten Kampf des iranischen Regimes gegen Israel und seine Existenz an sich. Würde dieser Funktion wegfallen, wäre das Regime an sich gefährdet. Das ist auch der Grund, warum grundsätzlich lösungsorientierte Verhandlungen auf Augenhöhe mit dem real existierenden Regime in Teheran unrealistisch sind. Diese Einschätzung gilt im Wesentlichen auch für mit dem iranischen Regime verbündeten Proxystrukturen wie Hamas, Hisbollah, Huthis usw.

Das Mullah-Regime repräsentiert in einem hohen Ausmaß das, was Hannah Arendt als totale Herrschaft beschreibt und ist daher nicht oder nur sehr partiell als potenzieller Partner einzuschätzen. Trotzdem geht es momentan, so sehr verlockend die Sache wäre, nicht um einen Regierungswechsel in Teheran, sondern um die Verhinderung des iranischen Nuklearprogramms. Das hat aktuell die höchste Priorität und dabei scheint Israel mit Unterstützung der Vereinigten Staaten erfolgreich zu sein.

Perspektivisch geht es nicht um einen Regimechange im Iran an sich, es geht um eine zivilisatorische Perspektive für das Volk im Iran. Ein solcher Wechsel im Iran wird nur dann erfolgreich sein, wenn er vom iranischen Volk erreicht und getragen wird.

Eine Ausgangslage

Allgemein scheint es so, dass die Anwendung von Gewalt Unbehagen und Ablehnung auslöst. Das ist jedenfalls bei den Menschen, die für eine offene, pluralistische und ziviliisierte Welt stehen, der Fall. So lobenswert dies sein mag führt es oft dazu, dass innerhalb dieser Gruppe viel Zeit und Energie darauf verwendet wird über Verfahrensweisen zu reden, statt sich zuerst grundsätzlichen Fragen zu widmen.

- Wie kann und soll man überhaupt mit jemandem verhandeln, dessen Ziel die Auslöschung eines Volks ist?
- Welchen Sinn machte es Zeit zu gewinnen, wenn letztendlich die fortgeschrittene Zeit das Gegen teil des eigenen Ziels bringt?
- Ist das Ziel der Verhandlung die Beschäftigung, die öffentliche Darstellung, die Betonung der eigenen Relevanz oder der Erfolg für die eigene Sache?

- Kann man ernsthaft mit einem Regime verhandeln, dessen grundsätzliche Herangehensweise diametral den eigenen Wert- und Moralvorstellungen sowie den eigenen Maßstäben von Recht und Gerechtigkeit widerspricht und wenn ja, bis zu welcher Grenze?

Es ist zu hinterfragen, wie die Welt aussehen würde, wenn der große Staatsmann Winston Spencer Churchill, auch gegen beträchtliche Widerstände in den eigenen Reihen, seine konsequente Haltung gegen den Nazifaschismus nicht umgesetzt hätte. Churchill, so problematisch er in seiner gesamten Persönlichkeit gewesen sein mag, hat jedenfalls den Verdienst, das Böse verhindert oder zumindest stark zurückgedrängt zu haben.

Es wird notwendig sein sich mit der Tatsache, dass wir zunehmend mit Strukturen totaler Herrschaft und totaler Ideologie konfrontiert sind, auseinanderzusetzen. Mit solchen Strukturen und Entitäten ist eine grundlegende Verständigung aus Sicht der offenen Gesellschaft nicht möglich. Im Grunde handelt es sich dabei um Zerrbilder einer Orwell'schen Welt aus der es, wenn sie errichtet ist, kein Entrinnen gibt. Wenn sich solche Strukturen durch-



Foto: Freepik

setzen, geht die Freiheit grundsätzlich verloren.

Es gibt kein Miteinander individueller Freiheit und totaler Herrschaft!

So gesehen ist die Auseinandersetzung mit dem iranischen Regime genauso wie mit den autoritären Regimen rund um die Machtzentren in der Russischen Föderation oder der Volksrepublik China eine Frage der Zivilisation und ihrer Verteidigung. Es entsteht eine Sorge, eine dunkle Ahnung, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt es schlecht bestellt ist um die Zukunft.

Jetzt oder nie?

Der Angriff Israels auf das iranische Militärpotenzial und die daran anschließende Militäraktion der Vereinigten Staaten haben zwei grundlegende Kritikansätze ausgelöst, einerseits bezüglich des Zeitpunktes und andererseits bezüglich der Legitimität.

Der Zeitpunkt:

Welchen Sinn machte es, Zeit zu gewinnen, wenn letztendlich die fortgeschrittene Zeit das Gegenteil des eigenen Ziels bringt. Jeder Tag

hat und hätte das iranische Regime näher zum Besitz von Nuklearwaffen geführt. Seit Jahrzehnten propagiert und führt das iranische Regime offen und verdeckt einen Vernichtungskrieg gegen Israel. Die iranische Proxypolitik versucht seit Jahren, Leben in Israel zu vernichten.

Antisemitismus und das Vernichtungsnarrativ zu Israel ist ein wesentlicher Teil der Legitimationsgeschichte des iranischen Regimes. Daher war der Zeitpunkt des Verteidigungsangriffe Israel zeitlich richtig und realistisch betrachtet alternativlos.

Zur Legitimität

Ein guter Freund hat mir einmal geraten: »Flo, wenn dir jemand sagt, dass er dich töten will, glaube es ihm«. Dieser auf das jüdische Volk und Israel bezogene Ratschlag von Jossi gilt nach wie vor.

Israel hat, wie jedes andere Land und jede gesellschaftliche Struktur, das Recht sich zu verteidigen. Selbstverständlich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit und unter Berücksichtigung völkerrechtlicher Standards. Eine bestimmte Interpretation des Völkerrechts darf aber nicht dazu führen und muss das auch nicht, dass die Regelungen als Mittel oder

Legitimation zur eigenen Zerstörung missbraucht werden.

»Israel hat, wie jedes andere Land und jede gesellschaftliche Struktur, das Recht sich zu verteidigen. Selbstverständlich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit und unter Berücksichtigung völkerrechtlicher Standards.«

Eine legalistisch dogmatische Auslegung völkerrechtlicher Bestimmungen, die zur existentiellen Gefährdung Israels führen, sind sinnwidrig und abzulehnen. Der Verteidigungsangriff Israel war legitim und für die Sicherheit des Staates Israel und seiner gesamten Bevölkerung alternativlos.

Zur Einschätzung der internationalen Organisationen und des Völkerrechtes

Die Diskussion zum gegenwärtigen Konflikt und den Handlungen Israels ist überwölbt mit einer Diskussion zum internationalen Recht. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass das Völkerrecht, wie jede andere rechtliche Struktur, eine menschliche Konstruktion darstellt.

So prinzipientreu man Völkerrecht, insbesondere die internationa- len Verträge dazu, ernst nehmen muss, ist es dennoch notwendig, die Grenzen der völkerrechtlichen Struktur, die ihr immanent sind, zu be- denken. Völkerrecht und alle damit zusammenhängenden Strukturen und Institutionen gehen von der Existenz zivilisierter demokratisch hergeleitete und friedensgeregelter Entitäten aus. Das war auch in der Vergangenheit nie ausschließlich so und der Zustand ist nicht besser geworden.

Die Rolle der internationalen Orga- nisationen war und ist niemals objektiv wertfrei, sondern in einem hohen Ausmaß interessengeleitet. Wenn rechtliche Strukturen und Handlungsweisen mit totaler Herr- schaft konfrontiert sind, helfen Formellösungen und der Rückzug auf kodifiziertes Recht wenig.

Es muss um die hermeneutische und nicht um die legalistische Aus- einandersetzung von internationa- lem Recht und seinen Trägerstruktu- ren gehen. Die Zusammensetzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen als Beispiel ist for- mal korrekt. Sie widerspricht nur in einem hohen Ausmaß der Grundin- tention der Gründung der UN. Das gilt im Übrigen auch für die UN und ihre reale Praxis selbst. Dies delegiti- miert die Arbeit der Mehrzahl der Einrichtungen der Vereinten Natio- nen nicht, es ist aber notwendig zu erkunden, welche verdeckten Inter- ressen jeweils zum Tragen kom- men.

Ein Beispiel dafür ist die UNRWA, die im Grunde eine Agentur zur Be- kämpfung des Zionismus geworden ist. Sie dient mehr der Perpetui- erung des Problems, als dass sie einen

Beitrag zur Lösung im Sinne der von ihr zu betreuenden Menschen leistet. Das ist im Grunde in ihrer Struktur immanent.

Es gibt Perspektiven

Die momentane Situation eröffnet einige Optionen, die einen wesent- lichen Schritt für eine nachhaltige und friedliche Lösung der Konflikte im Nahen Osten eröffnen könnten. Eine Lösung muss jedenfalls sicher- stellen, dass es kein iranisches Nuk-learwaffenprogramm geben darf. Das muss in einem Abkommen mit dem iranischen Regime eindeutig vereinbart und auch glaubhaft über- prüft werden. Das Raketenprogramm des iranischen Regimes muss zu- rückgefahren werden.

Jetzt ist ein richtiger Zeitpunkt, auch den offenen Konflikt in Gaza zu beenden. Dabei ist wichtig, dass alle Geiseln, die noch gefangen sind, unverzüglich freigelassen werden! Die Hamas muss bedingungslose kapitulieren und darf in der zukünf- tigen Gestaltung von Gaza keine Rolle spielen! Die humanitäre Ver- sorgung und die Zivilverwaltung in Gaza müssen unverzüglich aufge- baut werden. Dazu muss eine neue Organisationsstruktur, die auch die bisherigen Aufgaben der UNRWA übernimmt, geschaffen werden.

Jetzt wäre auch der richtige Zeit- punkt für den Beginn von Gesprächen zur Umsetzung der Entwicklung ei- ner Zweistaatenlösung zu beginnen und möglichst rasch zu einem ein- vernehmlichen Abschluss zu führen.

Es ist Zeit, auch in Umsetzung der Ansätze des Abraham Abkom- mens einen Anlauf für eine Friedens- struktur für Israel und seine Nach- barstaaten zu starten.

»Jetzt ist ein richtiger Zeit- punkt, auch den offenen Konflikt in Gaza zu beenden. Dabei ist wichtig, dass alle Geiseln, die noch gefangen sind, unverzüglich freigelas- sen werden! «

Die Hoffnung ist nicht vorbei, eine gute Zukunft ist immer noch möglich!

Israel und die vielen Missverständnisse

Von Ben Segenreich

Israel ist seit Jahrzehnten ein Topthema der Medien in aller Welt, und mehr denn je seit dem 7. Oktober 2023. Man sollte meinen, wenn häufig über ein Land berichtet wird, würde ein »richtiges« Bild von den dortigen Verhältnissen entstehen – von der Politik, der Gesellschaft, den Interessen, den internen Debatten. Aber mit Israel ist es wie verhext. Je mehr über Israel geredet und geschrieben wird, desto mehr Missverständnisse häufen sich an und setzen sich fest. Das hat mit systematischer Desinformation durch Israels Gegner zu tun, mit der immanenteren Voreingenommenheit angesehener Organisationen wie UNO oder Amnesty International, mit der Tendenz oder Schlampigkeit mancher Redaktionen,

mit der Naivität oder Unwissenheit im Publikum, aber auch einfach damit, dass Israel ja wirklich eine sehr komplizierte Materie ist.

Keine »Rache«

Da ist zum Beispiel das üble, eine Opfer-Täter-Umkehr vorwegnehmende Missverständnis mit der »Rache«. Den Israelis wird unterstellt, sie würden »Rache« üben – an den dschihadistischen Terroristen sowie- so, aber eigentlich dann schon gleich wahllos an allen Menschen im Gazastreifen. (Ein bisschen spielt da auch die falsch verstandene, immer wieder salopp zitierte Bibelstelle »Auge um Auge« mit, wegen der »die Juden« seit Jahrhunderten als rachsüchtig gelten.) Unsinn. Ja, angesichts der

Barbarei haben sicher viele Israelis Rachegelüste verspürt. Aber in einer zivilisierten Gesellschaft werden Rachegelüste kontrolliert und können nicht die Grundlage für politische und militärische Entscheidungen sein. Den Krieg im Gazastreifen führt Israel nicht, um sich zu rächen, sondern um sich zu schützen – also um, so weit wie möglich, zu gewährleisten, dass die Hamas nie wieder Familien bei lebendigem Leib verbrennen, Kleinkinder erwürgen, Frauen zu Tode vergewaltigen und Millionen Menschen mit Raketen jagen kann.

Damit verknüpft ist die zu einer schlechten journalistischen Gewohnheit gewordene Formulierung »Netanjahus Krieg«. Wieder falsch – ob man außerhalb Israels nun dafür oder dagegen ist, es war von Anfang an und bleibt der Krieg der ganzen israelischen Nation. Dass Israel keine Wahl habe und gegen die Hamas vorgehen müsse, hörte man nicht nur von der Regierung, sondern unisono von Oppositionspolitikern und von den »einfachen Menschen«, von amtierenden und ehemaligen Offizieren und Geheimdienstchefs, von Experten und Kommentatoren. Jeder andere im Amt des Premierministers hätte, mit geringfügigen Nuancen, ähnlich gehandelt wie Benjamin Netanyahu.



»Dass Israel keine Wahl habe und gegen die Hamas vorgehen müsse, hörte man nicht nur von der Regierung,...«

Das Geisel-Dilemma

Natürlich, ob der Krieg fortgeführt werden soll, darüber gibt es inzwischen unterschiedliche Meinungen. Umfragen zufolge waren im Mai schon mehr als 60 Prozent der Bevölkerung gegen die Fortsetzung des Kriegs. Seit Monaten rufen Demonstranten die Regierung auf, sofort in einen Waffenstillstand einzutreffen. Doch dieser innerisraelische Druck wird außerhalb Israels oft falsch verstanden. Zweifel am militärischen Sinn oder die humanitäre Krise im Gazastreifen spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Denjenigen, die den Krieg sofort und bedingungslos beenden wollen, geht es darum, die letzten der am 7. Oktober verschleppten Menschen freizubekommen. (Zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden, versteckt die Hamas noch 53 Geiseln im Gazastreifen, von denen vermutlich zwanzig am Leben sind.)

Die Geiseln befreien und die Hamas zerschlagen: Das sind immer noch, wie vom ersten Tag an, die beiden erklärten Kriegsziele, und sie scheinen miteinander im Widerspruch zu stehen. Nein, sagt die israelische Führung, das ist kein Widerspruch, im Gegenteil – nur unablässiges militärisches Nachsetzen wird die Hamas dazu bringen, dass sie kapituliert und die Geiseln herausgibt. Die meisten der Angehörigen der Geiseln, und mit ihnen eben schon eine Mehrheit der Bevölkerung, sehen das anders. Die Intensivierung des Kampfes gegen die Hamas, warnen sie, bedeutet akute Gefahr für die Geiseln. Erstens könnten Geiseln durch die Kampfhandlungen zu Tode kommen. Zweitens könnten die Hamas-Schergen Geiseln ermorden. Und drittens kann der Krieg, wenn es kein Abkommen gibt, noch

Monate dauern – und die gefolterten, ausgehungerten, kranken und verletzten Geiseln haben keine Zeit mehr.

Regelmäßig ist zu hören, Netanyahu würde den Krieg »nur« fortsetzen, um seine Koalition zu retten. Das stimmt vielleicht, aber niemand kann in den Kopf des Premiers hineinsehen. Sehr klar ist hingegen Israels Dilemma zu sehen, und wer die Vorbehalte gegen eine lange Waffenruhe oder gar den vollständigen Abzug der Truppen einfach auf parteipolitische Kalküle reduziert, unterliegt wieder einem Missverständnis. Die Hamas will Zeit gewinnen, um doch noch irgendwie zu überleben, sich wieder zu organisieren und sich wieder zu bewaffnen. Soll man ihr diese Zeit geben? Und ist es überhaupt denkbar, dass die Hamas

jemals ein Abkommen einhält, durch das alle Geiseln freikämen? Die Geiseln sind doch ihre letzte Trumpfkarte. Im Gespräch ist auch die Option eines Zwischenabkommens, durch das vielleicht zehn der zwanzig lebenden Geiseln freikämen. Doch muss man nicht darauf bestehen, dass alle freikommen? Ist es moralisch vertretbar, die zehn zu nehmen, die man bekommen kann, aber die anderen zehn einem möglichen oder wahrscheinlichen Tod zu überlassen? Und wer, bitte, darf oder muss die zehn auswählen, die leben dürfen? In diesem Zusammenhang ist schon das Wort »Selektion« gefallen, in Anspielung an schreckliche Vorgänge in der Nazizeit.

Schuld ist die Hamas

Kann Israels Führung den Krieg nur fortsetzen, weil Israels Medien





nicht darüber berichten, wie es im Gazastreifen aussieht? Auch das ist ein Missverständnis, um nicht zu sagen blanker Unsinn. Natürlich beschäftigt man sich in Israel mehr mit dem eigenen Leid als mit dem des Feinds. Aber Israels Medien sind unabhängig, hellwach und bissig. Die Israelis sind über das menschliche Elend und über die Zerstörungen im Gazastreifen genau informiert, doch sie sehen nicht, wieso sie daran schuld sein sollten. Die Hamas hat diesen Krieg begonnen, sagt man in Israel. Die Hamas hat sich methodisch hinter und unter der eigenen Zivilbevölkerung versteckt und diese Art der Kriegsführung gewollt und erzwungen. Und die Hamas könnte das Leiden im Gazastreifen augenblicklich beenden, indem sie die Waffen niederlegt und die israelischen Geiseln freilässt.

Das tut die Hamas natürlich nicht, auf die vielen weiteren Missverständnisse bauend, etwa jenes über die Hilfslieferungen und das Kriegsrecht. Wenn Israel von Februar bis Mai die Einfuhr von gespendeten Gütern in den Gazastreifen verhindert hat, dann mag das problematisch sein, aber es stellt keine Verletzung des Völkerrechts dar. Artikel 23 des Vierten Genfer Abkommens hält ausdrücklich fest, dass man einem Feind nichts liefern muss, was ihm im Krieg nützen kann: »Sendungen von unentbehrlichen Lebensmitteln« und anderen Gütern müssen nur dann durchgelassen werden, wenn es keinen »Grund zur Befürchtung« gibt, »der Feind könnte daraus einen offensichtlichen Vorteil für seine militärischen Anstrengungen und seine Wirtschaft ziehen«. Genau das war aber hier offensichtlich der Fall. Einer von der israelischen Armee vorgelegten Auswertung von Doku-

»Einer von der israelischen Armee vorgelegten Auswertung von Dokumenten zufolge hat die Hamas 15 bis 25 Prozent der humanitären Hilfsgüter entwendet und sie entweder den eigenen Männern zugeführt oder mit hohem Profit verkauft.«

menten zufolge hat die Hamas 15 bis 25 Prozent der humanitären Hilfsgüter entwendet und sie entweder den eigenen Männern zugeführt oder mit hohem Profit verkauft. Durch diese und andere Praktiken wie Schmuggel und Schutzgeld-Erpressung habe die Hamas »Hunderte Millionen Dollar« in bar und in Gütern angehäuft, was ihr erlaubt, junge »Kämpfer« zu rekrutieren und Waffen zu produzieren.

Durch die Blockade sollte also natürlich nicht die Bevölkerung »ausgehungert«, sondern die Hamas um ihre Ressourcen gebracht werden. Missverständnisse sind auch dadurch entstanden, dass für das neu erliche Ausschwärmen israelischer Truppen Begriffe wie »Eroberung« und »Besetzung« gebraucht wurden. Nein, die Israelis wollen keineswegs permanent im Gazastreifen bleiben, dort Siedlungen bauen oder das Gebiet gar annexieren. Die Plan ist, für längere Zeit einen großen Teil des Gazastreifens militärisch zu kontrollieren. Das soll gewährleisten, dass die Hamas aus der Position gedrängt wird, in der sie die Lebensmittel verteilt und dadurch, obwohl als militärische Formation zerschlagen, noch immer politische Macht hat.

Ob das gelingt, ob eine Alternative zur Hamas aufgebaut und eine funktionierende Formel für den »Tag danach« gefunden wird, bleibt

eine offene Frage. Aber ohne die vielen Missverständnisse wäre alles leichter.



Foto: Kerstin Neumann

Israelische Universitäten und akademische Einrichtungen brauchen unsere Solidarität. Jetzt!

Von Kerstin Neumann

Boykott statt Kooperation: Eine gefährliche Dynamik

Die Universitäten Genua (Italien) und Erasmus Rotterdam (Niederlande) sind jüngste Beispiele für eine unrühmliche Entwicklung: zunehmend beenden oder pausieren Universitäten in westlichen Demokratien Forschungs- und Austauschprogramme mit israelischen akademischen Einrichtungen und sogar Koopera-

tionen in internationalen Forschungskonsortien mit israelischer Beteiligung. Oft werden für solche Entscheidungen – offen oder implizit – das militärische Vorgehen Israels im Gazakrieg als Begründung herangezogen, ohne dessen Auslöser, das beispiellose Massaker der terroristischen Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023, zu benennen.

Häufig werden diese Schritte von kleinen, aber lautstarken und gut organisierten Gruppen innerhalb der Universitäten initiiert und forciert. Der Eindruck entsteht, die Mehrheit der Universitätsangehörigen stehe hinter solchen Boykottentscheidungen – ein Eindruck, der in der Regel nicht der differenzierten Mehrheitsperspektive entspricht. Manche Universitäten bedienen

sich dabei bereits der Narrative, die Israel pauschal die Verletzung von Menschenrechten anlasten oder gleich in die Nähe eines der westlichen Wertegemeinschaft abschwörenden, genozidalen Staates rücken.

Noch beunruhigender ist, wenn sich universitäre Entscheidungsgremien wie im Fall der Erasmus Universität Rotterdam auf die Freiheit von Forschung und Lehre berufen und dann den eigenen Forschenden die Kooperation mit israelischen Institutionen erschweren oder unmöglich machen: In internationalen Konsortien mit israelischer Beteiligung soll die direkte Zusammenarbeit mit Vertretern israelischer Institutionen vermieden werden, eine Wiederaufnahme von Kooperationen mit israelischen Universitäten auf institutioneller Ebene wird an politische Bedingungen geknüpft, die die israelischen Partner nicht erfüllen können, wie beispielsweise die Distanzierung von ihrer eigenen, demokratisch legitimierten Armee. Damit wird das Prinzip der akademischen Freiheit untergraben, und Kooperation wird zur Geisel politischer Symbolhandlungen.

Und es geht weiter. Aus manchen Forschungsbereichen, meist den Geisteswissenschaften zugehörig, sind Fälle bekannt, bei denen israelische Forschende von ihren KollegInnen auf internationalen Konferenzen boykottiert werden, indem gute, etablierte akademische Praxis verletzt wird: Anberaumte Feedback- oder Diskussionsrollen für Beiträge israelischer TeilnehmerInnen werden verweigert oder deren Präsentationen und damit die dahinterliegende wissenschaftliche Arbeit mit unfairen, fachlich irrelevanten »Argumenten« versucht zu delegitimieren. Gleichzeitig wissen wir dankenswerterweise von vielen gegen-

»Der Boykott israelischer Forschungseinrichtungen und ihrer Forschenden erinnert auf beschämende Weise an das ›Kauft nicht bei Juden‹ vergangener Zeiten.«

teiligen Fällen, in denen israelische Forschende proaktiv zu Symposien und Paneldiskussionen eingeladen werden oder wissenschaftlich fundierte, wertschätzende Veranstaltungen zur Verarbeitung des 7. Oktobers und seiner Folgen – auf beiden Seiten – organisiert werden.

Wissenschaftliche Kooperation ist keine politische Parteinahme

Die Praxis, israelische Forschende von internationalen Kooperationen auszuschließen oder auf Konferenzen gezielt zu delegitimieren, steht im Widerspruch zu den Grundprinzipien von Wissenschaft und Forschung: Offenheit, Pluralität und Respekt gegenüber anderen Perspektiven, aber insbesondere die universelle Geltung allgemeingültiger Standards und die Akzeptanz empirischer Fakten. Gerade in Zeiten scheinmoralischer Simplifizierungen braucht es Differenzierung – nicht trotz, sondern wegen unserer akademischen Verantwortung. Wissenschaftliche Zusammenarbeit ist Ausdruck einer Ethik, die Kooperation über Konfrontation stellt. Der Boykott israelischer Forschungseinrichtungen und ihrer Forschenden erinnert auf beschämende Weise an das »Kauft nicht bei Juden« vergangener Zeiten. Er ist umso zynischer, als er genau solche Institutionen und Menschen trifft, die in Israel und darüber hinaus an vorderster Stelle Demokratie, Menschenrechte, Koexistenz und Frieden vertreten und – wie in jedem anderen demokratischen Staat – unabhängig von den jeweiligen Regierungen und politischer Einflussnahme agieren. Ginge es den Boykottbetreibern wirklich

um Frieden, müssten sie doch gerade die israelische Wissenschaftslandschaft unterstützen.

Ein Appel an Österreichs Universitäten: Haltung zeigen, jetzt!

An österreichischen (und deutschen Universitäten) sind erfreulicherweise derartige Boykotte auf institutioneller Ebene bisher ausgeblichen, und so muss es bleiben! Soweit bekannt, sind sämtliche Programme und Projekte mit israelischen Partnerinstitutionen weiterhin in Kraft, neue werden initiiert und RektorInnen in Österreich sowie UniversitätspräsidentInnen in Deutschland bekräftigen den hohen Stellenwert der Kooperation mit israelischen Forschungseinrichtungen. Auf bilateralen Kanälen wird israelischen Institutionen und Partnern die Solidarität versichert. Es gibt momentan in Israel de facto keine »Incomings« über Programme für internationale Austauschstudierende mehr. Unsere Universitäten helfen flexibel, indem alle israelischen Austauschstudierende aufgenommen werden, ohne dass die israelische Seite hier momentan ihre Seite der Gleichung erfüllen kann. All das ist nicht stark genug zu würdigen. Und doch: Nach dem 7. Oktober 2023 blieben öffentliche Solidaritätsbekundungen vieler Universitäten deutlich verhaltener als im Fall des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, es gab sie in dieser flächendeckenden Form schlicht nicht. Der Unterschied wird oft mit der Sorge vor Polarisierung auf dem Campus versucht zu erklären. Nun kann man sich darüber streiten, ob Universitäten überhaupt politische

Solidaritätsstatements verbreiten sollten. Aber gerade dieser offensichtliche Unterschied in der Bewertung unterstreicht, wie wichtig klare Haltung ist. Schweigen kann in solchen Zeiten als Einseitigkeit oder Indifferenz wahrgenommen werden, auch wenn dieser Eindruck nicht gerechtfertigt ist. Denn auch wenn wir weit von den Zuständen an amerikanischen und teilweise an Berliner Universitäten entfernt sind, sprechen die Zunahme antisemitischer Vorfälle an österreichischen und deutschen Universitäten, die zum Großteil anti-israelisch und anti-zionistisch motiviert sind, eine deutliche Sprache. Es ist inakzeptabel, dass sich jüdische und israelische Studierende und Mitarbeitende an unseren Universitäten nicht mehr vollständig sicher fühlen und oft ihre Identität verbergen.

Israelische Universitäten und Forschungseinrichtungen zählen zur Weltpitze. Die enorme israelische Innovationskraft in Forschung und Lehre sowie die Übersetzung dieser Innovationen in gesellschaftlich nutzbringende Erfindungen ist weltbekannt und bewundert. Die israelische Wissenschaftslandschaft ist plural, demokratisch und streitbar – und sie braucht jetzt unsere Unterstützung. Denn es laufen die israelischen akademischen Institutionen Gefahr auszubluten. Angesichts der aktuellen Krise geraten viele Institutionen in Not: durch finanzielle Engpässe und personelle Mehrbelastungen, sinkende Drittmittel, ausbleibende internationale Vernetzung. Qualitativ hochwertige Forschung (und damit auch Lehre) lebt vom internationalen Austausch auf mehreren Ebenen: institutionell, projektbasiert, individuell. Dieser Austausch ist momentan massiv gestört, zum kurz- und mittelfristigen Nachteil Israels, und zum langfristigen

Nachteil des globalen Erkenntnisgewinns und damit von uns allen. Nicht nur kommen Forschende (und Studierende) nicht mehr zusammen, sondern schneiden oben beschriebene Boykottaktionen israelische Forschende und wissenschaftliche Institutionen von internationalen Drittmittelfinanzierungen ab, ohne die Spitzenforschung nicht mehr stattfinden kann. Dies ist umso gefährlicher als durch die Kriegssituation induzierte personelle und finanzielle Schwierigkeiten im Inland die israelischen Unis mit voller Wucht treffen.

Solidarität sichtbar machen: mit Taten, nicht nur mit Worten

Israelische Universitäten, akademische Einrichtungen, ihre Mitarbeitenden und Studierenden brauchen unsere Solidarität, jetzt! Es ist verständlich, dass unsere Unis erst einmal den Studierendenaustausch nach (nicht von!) Israel gestoppt haben, um Zeit zu gewinnen, die Lage besser einschätzen zu können. Es ist zu hoffen, dass der gegenseitige Austausch bald wieder in Gang kommt. Noch wichtiger in der momentanen Situation ist es aber, die



Foto: Kerstin Neumann

Kooperationen auf Forschungsebene nicht nur mit Worten zu bekräftigen, sondern durch Taten manifest zu stärken. Was es jetzt braucht, sind konkrete Schritte.

Erstens können Universitäten relativ unbürokratisch eigene Calls auflegen, um gezielt Anreize für gemeinsame Forschungsprojekte mit israelischen Partnern zu setzen und damit aktiv Kooperationen zu fördern.

Zweitens müssen die an Universitäten zuständigen Zentren für internationale Kooperation die strategische Bedeutung der Forschungs- und Lehrkooperation mit Israel stärker intern kommunizieren und in die inneruniversitäre Aufmerksamkeit rücken.

Drittens können Universitäten die Gründung von auf Israel und verwandte Themen spezialisierte Forschungszentren und -netzwerke forcieren bzw. derartige, bereits bestehende Initiativen österreichweit sichtbarer machen und strukturell stärken. Beispielsweise ist hier das 2013 an der Universität Innsbruck gegründete AIANI (Austria-Israel Academic Network Innsbruck) zu nennen, das für seine Bemühungen den ersten Israel Friendship Award verliehen bekam. Es unterstützt gerade jetzt Forschende der Uni Innsbruck bei Reisen nach Israel finanziell oder setzt aktive Maßnahmen für die Vertiefung der bilateralen Kooperation, wie z.B. eine eben stattgefundene, hoch erfolgreiche »Partnerwoche«, die wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende der israelischen Kooperationspartner nach Innsbruck holte, um konkrete Projekte zu entwerfen – und einfach Solidarität zu zeigen. Weitere Beispiele sind das an der WU Wien beheimatete Projekt SABE (Studying Antisemitism in Business and Economics) und das Center for Israel Studies an der Uni Wien.

Demokratiefeindlichkeit und den Friedenswillen Vieler.

Viertens ist jetzt wichtig, dass diese Initiativen nicht unter dem Radar bleiben, sondern im wahrsten Sinne Flagge zeigen. Hierfür wären für eine größere Hebelwirkung inner-österreichische sowie österreichisch-deutsche universitäre Kooperationen essentiell.

Fünftens spielen in diesem Zusammenhang nationale Forschungsförderungsinstitutionen eine entscheidende Rolle. So wäre es beispielsweise dringend erforderlich, dass der österreichische Forschungsförderungsfond (FWF) und die Israel Science Foundation (ISF) eine entsprechend effektiv budgetierte Schiene zur bilateralen Forschungsförderung auflegen.

Wissenschaft braucht Dialog – gerade in Krisenzeiten

Eines sollten wir aber nicht vergessen. Es sind die individuellen Kooperationsentscheidungen von uns WissenschaftlerInnen, die einen signifikanten Einfluss entfalten. Keine Forschung ist mehr eine Einzelleistung, wir müssen weltweit kooperieren. Akademische Kooperation ist kein Widerspruch zur Solidarität mit allen vom Konflikt betroffenen Menschen. Im Gegenteil: Sie ist Ausdruck des Glaubens an Verständigung, Pluralität und intellektuelle Redlichkeit. Die Kooperation mit israelischen Forschenden ist aufgrund ihrer hohen Qualifikationen und des Rankings ihrer Institutionen nicht nur aus qualitativer Sicht ein Gewinn, sondern setzt in diesen Zeiten ein Zeichen. Wer diesen Austausch mit israelischen Institutionen infrage stellt, ignoriert die Pluralität der israelischen Gesellschaft, den starken internen Widerstand gegen Populismus und

Persönlich verbunden – und überzeugt

Ich bin seit Jahren der Universität Tel Aviv verbunden und mit ihr meinen dortigen Kooperationspartnern und Freunden außerhalb der Universität. Für die Gewährung einer dortigen Position als Gastforscherin bin ich sehr dankbar. Nach dem 7. Oktober 2023 war ich mehrere Male in Israel und an der Uni, im Jänner 2024, im Februar 2025 und gerade im Mai 2025 wieder für zwei Wochen. Im August werde ich Israel und die Universität Tel Aviv wieder besuchen, und ich freue mich darauf. Für mich ist diese Kooperation nicht nur fachlich bereichernd, sondern auch ein klares Zeichen: Wissenschaft lebt von Beziehung und Solidarität in schwierigen Zeiten – und genau das braucht es jetzt. Nicht trotz der Krise, sondern gerade ihretwegen.

Wir sind und bleiben verbunden.

Kerstin Neumann ist aktives Mitglied der ÖIG, lebt in Wien und ist Professorin für Corporate Sustainability & Strategy an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck sowie Gastforscherin an der Coller School of Management der Universität Tel Aviv. Der Beitrag spiegelt ihre persönliche Meinung (nicht die ihrer Institution) wider.

AICC-Veranstaltung anlässlich der ViennaUp – Startup-Messe

Von Bettina Müller

Auf Einladung der Österreichisch-Israelischen Handelskammer (AICC), der Israelischen Botschaft und der Wirtschaftskammer Österreich im Rahmen der internationalen »ViennaUp« Start-up Konferenz präsentierten im Mai dieses Jahres israelische Startups in »Pitches« (Kurzpräsentationen, mit einer Dauer von ca. 5 min) ihre Technologien und Geschäftsmodelle.

Zur Begrüßung sprachen Ilay Levi (Botschaft Israel), Markus Haas (WKO Israel), Michael Wilnitsky (AICC) sowie die AICC-Vizepräsidenten Awi Lifschitz und Benjamin Ruschin.

Der stv. Botschafter Ilay Levy erwähnt den seit des Hamas-Überfalls andauernden Kriegszustand. Trotz aller damit verbundenen Erschwerisse ist Israels Gründer-Szene hochaktiv. Aus 116 Innovationen entstandenen internationale Kooperationen, 32 Milliarden USD wurden in bilaterale Zusammenarbeit mit Israel investiert, davon 600 Millionen USD in Kooperationen mit Österreich, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Technologie, EU-Forschungsprojekte.

Markus Haas zitiert in Anbe tracht der politischen Lage das Sprichwort vom Berg und Propheten: In Anbetracht der kritischen Situation scheuen österreichische Unternehmen davor zurück, in Israel zu investieren. Daher kommen israelische Unternehmer nach Österreich.

Michael Wilnitsky von der Non-Profit-Organisation AICC schildert kurz die Funktion des AICC und seinen Gründer Gabriel Lansky, u.a. anhand eines Seilbahnprojekts der Fa. Doppelmayr am Toten Meer.

Der Moderator Benjamin Ruschkin leitet ein Beratungsunternehmen, welches Startups dabei unterstützt, Finanzierungsrunden und Exit-Transaktionen durchzuführen. Die vorgestellten StartUps sind in den Bereichen Technologie, Sicherheit, Gesundheit und Nachhaltigkeit aktiv.

Road Sense

Hat ein Gerät entwickelt, das anonyme Verkehrsdaten aufnimmt und mit AI unter Einbeziehen von Wetterdaten, Veranstaltungen u. ä. aufbereitet, das Stadtentwickler bei der Verkehrsplanung die Verkehrsknotenpunkte für alle Teilnehmer optimieren und so die Stadt sicherer gestalten können. Das Gerät ist ein kleines Kästchen, preisgünstig, flexibel programmierbar und mobil. Das Unternehmen richtet sich z.B. an kommunale Stadtplaner, Polizei, Veranstalter. Ansprechpartner ist Herr Baruch Gueta.

www.roadsense.tech

Terafence

Richtet sich an Betreiber von kritischer Infrastruktur wie Wasserwerke, Pharmafirmen, Forschungslabors, Energieversorger, U-Bahn- und Flughafensteuerung, Militär etc. Die Technologie schützt ihre Anlagen durch komplexe Verschlüsselungssysteme vor Terrorattacken. Ein in

der Herstellung günstiger kleiner Chip verbindet sich mit einer Cloud und passt seine Codes »in time« an die aktuelle Situation des Systems an. Ansprechpartner ist Herr Hezi Erez.

<https://terafence.com>

Gyntools

Ein StartUp mit medizinischem Ansatz. Es soll die Diagnose der vielen Varianten von Vaginitis (Scheideninfektionen) erleichtern. Ein präzises Gerät erkennt mit Sicherheit diverse virale, bakterielle und mykologische Erreger der Erkrankung und ermöglicht so die optimale Therapie. Das Gerät ist kostengünstig, arbeitet mit AI-Daten aus der Cloud und spart der Patientin mühsame Laboruntersuchungen. Das Unternehmen richtet sich an Spitäler, niedergelassene Gynäkologen, Sanitätsdienste z.B. bei Sportvereinen oder Militär. Ansprechpartner ist Herr Nimrod Lev.

www.gyntools.com

MaxOvary

MaxOvary kam im Rahmen von GIN Austria (FemTech), einer gemeinsamen Initiative der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (aws) nach Österreich. Das Unternehmen hat eine Technologie entwickelt, die Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch chirurgische Eingriffe in die Ovarien erspart. Ein AI gesteuerter Laser kann in der Arztpraxis gezielt ohne Narkose und schmerzfrei »minimalinvasiv« Eizellen behandeln. Ansprechpartnerin: Frau Nofar Wagner.

AkoLogic – Agriculture Technology Alliance

Landwirtschaft ist längst zur High-Tech-Industrie geworden. Der Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe weltweit sind aber kleine und mittlere Unternehmen, die sich die Hightech-Ausstattung zur Optimierung der Ausbeute oft nicht leisten können. Die AI-Technologie von AKOLogic ist preisgünstig, sie wertet Wetter-, Boden-, Jahreszeiten-, Fruchtfolge-Daten für den Betrieb und seine Produkte individuell aus. Das Unternehmen plant eine Pilotfarm mit der BOKU Wien. Ansprechpartner ist Herr Shir Shani.

<https://akologic.info>

www.smartgroupglobal.info

Pillar

Die Clouds der Technologien können einem Unternehmen manchmal das Ziel »umwölken«. Pillar bietet Unterstützung bei der Orientierung im Dschungel der technischen Möglichkeiten. Man vermeidet so Doppelgleisigkeiten und Irrwege, ein klarer Plan spart Kosten. So werden z.B. in Ticketsystemen keine Tickets doppelt verkauft bzw. bleiben keine Plätze leer, egal ob Hotel, Flugzeug/Bahn oder Konzert. Ansprechpartner ist Herr Maksym Pidlypnny.

<https://pillartech.co.il>

Plastic Back

Dieses Unternehmen kann aus Plastik wieder Rohstoffe gewinnen, Rohöl, Mineralien, auch Salz aus PVC. Eine energiesparende chemisch-technische Anlage passt in einen Speditions-Container, die notwendigen Zusatzstoffe werden mitgeliefert, bei niedriger Temperatur wird aus Plastikmüll nachhaltig wiedereinsetzbarer Rohstoff gewonnen.

Ansprechpartner: Herr Alex Braun.

<https://www.plastic-back.com>

Nebenher: Diese Technologie setzt keine KI ein, weil KI absolut nicht ressourcenschonend agiert – sie benötigt sehr viel Energie und Wasser zur Kühlung der Server. Im Sinne der SDG.



Foto: Gabriel Rizar

Von Bettina Müller

RESTAURIEREN! JÜDISCHER FRIEDHOF IM ALTERSHEIM SEEGASSE

Der Friedhof in der ehemaligen Vorstadt Rossau ist der älteste erhaltene rein jüdische Friedhof in Wien. Er wurde 1520 eröffnet und bis 1783 belegt, danach wurden Verstorbene in Währing beerdigt. Der erste Grabstein im Boden wurde beim Bau des Seniorenheims im Jahr 2012 entdeckt. In der Folge beschlossen Stadt Wien (Magistratsabteilung 7, Altstadterhaltungsfonds), Bundesdenkmalamt und Israelitische Kultusgemeinde (IKG), den Friedhof zu restaurieren. Die Direktion des Heims unterstützt die Restaurierung aktiv mit Wasser und Strom.

Der Friedhof besteht aus 108 Grabsteinen in der Einfriedungsmauer, 237 (bis jetzt gefundenen) Steinmonumenten im Gräberfeld sowie rund 130 Fragmenten vom Wiener Zentralfriedhof. Alle sollen an ihrem ursprünglichen Ort wieder aufgestellt werden. Jedes jüdische Grab hat einen Grabstein und wird niemals aufgelöst und nicht neu belegt. Familien, Persönlichkeiten, Kinder,... wurden in bestimmten Arealen des Geländes beerdigt, die Steine tragen oft Symbole.

Damit die Nazis den Friedhof nicht vollständig verwüsten haben Freiwillige 1942 in einer »Nacht und Nebel«-Aktion die Grabsteine schnellstmöglich umgelegt und zugeschüttet bzw. teilweise nach Simmering verbracht. Die meisten Grabsteine sind aus leicht bearbeitbarem Sandstein und ähnlich gestaltet, weil nach dem Tode alle gleich sind. Sandstein

ändert an der Luft seine Farbe, somit bestehen manche Gräber aus weiß-rosa Puzzlesteinen.

Grabungen auf Friedhöfen dürfen nur unter Aufsicht von Rabbinern der Atra Kadisha (Verein zur Wiederherstellung der Totenruhe) durchgeführt werden. Sie kommen aus Israel, daher wird pro Jahr nur eine Woche lang gegraben. Den Rest des Jahres wird geplant, wo gegraben wird. Bernhard Wachstein, Archivar der IKG hat Anfang des 20. Jahrhunderts einen minutiösen Plan des Friedhofs angelegt, der alle Wirren der Geschichte überdauert hat. Er ist die Hauptinformationsquelle der Restauratoren, aber er ist nicht ganz maßstabsgerecht. Daher haben die restaurierten Steine im Lauf der Forschung begonnen, zu »wandern«. Jeder einzelne ein paar Tonnen Gewicht.



UMWELTSCHÄDEN OHNE GRENZEN

US-Präsident Trump hat USAID gestrichen, mit Folgen für den Nahen Osten. Dr. Tareq Abu Hamed, Direktor des Arava Institute for Environmental Studies in Ketura, berichtet, dass sein Budget um ein Viertel gekürzt wurde. »Wir hatten Kooperationen mit Jordanien, Marokko und Palästina«. Einige Partner-Institutionen, manchmal kleine NGOs, mussten ihre Mitarbeiter:innen kündigen und zusperren. Der Aufbau funktionierender Abwassersysteme im Westjordanland musste ge-

stoppt werden, die Verunreinigung betrifft z.B. auch Israels Landwirtschaft. Abu Hamed dazu: »Es wird schwierig werden, nach Ende des Kriegs wieder Umweltschutz-Netzwerke aufzubauen, weil uns die Partner-Institutionen abhandenkommen«. Mangelnder Klimaschutz wirkt sich auch auf Nachbarstaaten aus und führt zu Arbeitslosigkeit und Migration. Mit dem Projekt »Jumpstarting Hope in Gaza« sucht das Arava Institut Förderungen für einen kooperativen Wiederaufbau in Gaza, vor allem der Wasser- und Abwasserversorgung:

<https://arava.org/caed/>

<https://jumpstartinghopegaza.org/>

QUEER IN PALESTINE?

Noch 2020 formulierte Amnesty International die Lage der LSBTIQ in Palästina so: »Die palästinensischen Behörden im Westjordanland und die De-facto-Verwaltung der Hamas im Gazastreifen gingen 2020 weiterhin hart gegen Andersdenkende vor,; Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche wurden weiterhin diskriminiert und genossen keinen Schutz...« Im Report 2024/2025 kein Wort davon.

<https://www.amnesty.de>

Ist seither eine Gleichbehandlungsidylle ausgebrochen? Die Statistiken berichten anderes: In Gaza ist Homosexualität nach den geltenden Gesetzen illegal und wird mit Haftstrafen geahndet. Nach der Statistik von Equaldex lehnen 95 % der Palästinensischen Gesellschaft Homosexualität radikal ab und es gibt keine Gesetze zum Schutz vor Diskrimi-

nierung. Es ist verboten das Geschlecht zu ändern.

<https://www.equaldex.com/region/palestine>

Aber die europäische LSBTIQ-Bewegung demonstriert gegen Israel. Das lässt sogar die linke deutsche taz.de zitieren »Wo Netanjahu recht hat, hat er recht: Queers for Palestine – das ist wie Chicken for KFC – eine Anbiederung.«

<https://taz.de/Queere-Palaestinafreunde/!6023769/>

Israel war das erste Land in der Region, das gleichgeschlechtliche Beziehungen legalisierte und nicht eingetragene Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Paare anerkannte, wodurch LSBTIQ-Personen ein erheblicher rechtlicher Schutz gewährt wurde. Der israelische Präsident Herzog fordert: »keinen Platz für Gewalt... Wir fordern Liebe, Respekt und Gleichberechtigung – auch für die LSBTIQ-Gemeinschaft, die einen untrennabaren Anteil an der israelischen Gesellschaft ausmacht«

DER TEXT MACHT DIE MUSIK

Melodien haben starken Einfluss auf Emotionen – das ist bekannt. Aber auch der Text kann die Stimmung beeinflussen. Prof. Renana Peres and Adi Levy Prof. Roni Granot von der Hebrew University (HUJI) konnten sogar feststellen, dass der Text die wichtigere Rolle bei der Bewältigung schwerer Emotionen spielt: sie und ihr Team haben nach einer internationalen Umfrage 2.800 Lieder, deren Text sich mit Verlust, Leben und Tod, Zugehörigkeit oder Gemüt beschäftigt identifizieren können, die von Teilnehmer:innen mit Trauer, Einsamkeit oder Sehnsüchten bevorzugt gehört wurden. Die Forscher:innen empfehlen, anhand der Texte ausgewählte Playlists auch in der Therapie oder bei Gedenkveranstaltungen einzusetzen.

<https://doi.org/10.3389/fpsyg.2024.1431741>

Exzerpieren als Kulturtechnik

Exzerpieren – das Zusammenfassen wichtiger Aspekte eines umfassenden Originaltextes durch Leser bzw. Autoren von Sekundärliteratur, hat eine lange Tradition und ist offensichtlich per se auch eine nähere Untersuchung wert. Dr. Noam Maeir von

der Hebrew University Jerusalem (HUJI) hat über 1.000 digitalisierte syrische Manuskripte aus der British Library durch ein Analyseprogramm laufen lassen, das fast 20.000 solcher Exzerpte identifizieren konnte – die Texte wurden vom Schreiber nach dessen Interessen neu zusammengestellt.

Um die Aktivitäten der Schreiber zu quantifizieren entwickelte Maeir ein neues Maß, die »Excerpts Per Manuscript« (EPM – Exzerpte pro Manuskript). Die meisten Texte enthielten weniger als 20 Exzerpte pro Manuskript, nur ein kleiner Anteil speziell aus dem 6. bis 9. Jahrhundert nach der Zeitrechnung zeigt eine Excerpt-Dichte von Hunderten, manchmal sogar Tausenden solcher eigenständigen Veränderungen des Ursprungstexts. Das weist auf eine kulturelle Praxis in dieser Epoche hin, die weitere Recherchen fordert. Bisher war die Forschung stets auf den ursprünglichen Autor konzentriert, der Umgang mit Quellen in verschiedenen Regionen und Epochen verdient aber ebenfalls kulturwissenschaftliche Beachtung. Mit der Anwendung digitaler Analyseverfahren eröffnen sich noch interessante Forschungsfelder!

<https://doi.org/10.1371/journal.pone.0320265>



Ron Leshem:
Feuer.
Israel und der 7. Oktober
Übersetzt von Ulrike Harnisch
und Markus Lemke.
Verlag Rowohlt, Berlin 2024.
320 Seiten
€ 25, E-Book: € 22,99

schalom 2025/02

Das Versagen

Gelesen von Michael Laubsch

In Feuer rekonstruiert der israelische Autor Ron Leshem den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober – und stellt unbequeme Fragen an die eigene Regierung. Er beschreibt, wie die islamistische Miliz ihren Überfall minutiös vorbereitete, wie sie tötete, folterte, vergewaltigte – und wie die israelische Führung trotz Warnungen tatenlos blieb.

Der Angriff trifft auch Leshems Familie: Seine Tante wird ermordet, ein Cousin verschleppt. Zwei Tage zuvor hatte die Tante noch an einem Friedensprojekt mit Palästinenserinnen teilgenommen. Leshem beginnt sein Buch mit ihrer Geschichte – und mit einem Bekenntnis: Er stammt aus einer Familie, die sich stets für ein freies Palästina eingesetzt hat. Die Hamas, so zeigt Leshem, baute monatelang an ihrem Plan: mit Aussichtstürmen an der Grenze, Trainingslagern in nachgebauten Kibbuzim und klarer ideologischer Aufrüstung. Frühzeitig meldeten Analystinnen verdächtige Aktivitäten – doch die Armee ignorierte ihre Warnungen. Auch deshalb, weil Premier

Netanjahu in der Hamas einen nützlichen Feind sah: Solange sie in Gaza herrschte, schien der internationale Druck auf Israel gering, mit den Palästinensern zu verhandeln.

Millionenbeträge durften aus Katar an die Hamas fließen, der inzwischen getötete Anführer Jahia Sinwar galt in Teilen der Regierung als kalkulierbarer Partner. Eine fatale Fehleinschätzung, meint Leshem – und kritisiert Netanjahus Koalition mit rechtsradikalen und ultraorthodoxen Kräften, die das Land politisch und gesellschaftlich zerrütteten. Die Justizreform und die Massenproteste dagegen hätten Israels Gesellschaft gespalten – ein Zustand, den die Hamas gezielt ausnutzte. Neben der israelischen Perspektive kommt auch Leshems palästinensische Freundin Rawa zu Wort. Sie lebt im Gazastreifen, flieht von Ort zu Ort – erschöpft und verzweifelt. Feuer erzählt von Verlust und Verantwortung, von politischem Versagen und persönlichem Schmerz – eindringlich, klarsichtig und erschütternd zugleich.

Ruth Wodak (Hg.): Das kann immer noch in Wien passieren

Erich Loewy bestellt in Klagenfurt einen Salat mit »Überraschung«, Anna Goldenberg wünscht sich in New York nicht mehr »anders« zu sein, Konrad Rennert sieht seinen Vater als Kind neben seinem Großonkel sitzen, ist Verena Krausnecker hier »waschecht«?, Georg Schönfeld stellt bei langen Autofahrten anderen ihren »ersten« Juden vor, Ernst

Strouhal erzählt wie die Ärztin Ilse bei Nostrifikation ihres Schweizer Studiums von einem Wiener »Begutachter« jovial belächelt wird, als hätte sie in der Schweiz Urlaub gemacht...

Insgesamt dreiundzwanzig Autor:innen schildern im von Ruth Wodak herausgegebenen Buch, wie ihnen der »alltägliche« Antisemitismus in

Wien begegnet und wie sie damit umgehen (müssen).

Der Antisemitismus mit seiner Jahrhunderte alten Geschichte sitzt so tief im Wiener Unbewussten, dass viele Wiener:innen gar nicht bemerken, wie sie alte Stereotype bedienen und andere Wiener:innen ausgrenzen. Das Buch bringt diese mit treffsi-

Solidarität heißt Handeln

Am 7. Oktober 2023 verübten palästinensische Terroristen das größte Massaker in der Geschichte des Staates Israel. Auf die dadurch verursachte extreme Ausnahmesituation reagierte die israelische Zivilgesellschaft mit einem weltweit einzigartigen Engagement und sofortiger Hilfsbereitschaft. Für das Buch »Solidarität heißt Handeln« führte Anita Haviv-Horiner Interviews mit 17 Israelinnen und Israelis aus allen Gruppen der Gesellschaft. Darin stellen sie unterschiedliche Hilfsprojekte vor, deren Spannweite von Therapie und Kultur über das Engagement in sozialen Medien bis hin zu Hilfe im Alltag, innovativen Formen des Gedenkens und Tierrettungsaktionen reicht. Die Initiativen wurden nicht zuletzt mit Blick auf die Frage ausgewählt, inwieweit die dabei gesammelten Erfahrungen auf ähnliche Projekte in der deutschen Gesellschaft übertragbar sein könnten. Ein Beitrag von Wladimir Struminski ergänzt die Gespräche und ordnet die Geschehnisse in

politischer und gesellschaftlicher Hinsicht ein.

Anita Haviv-Horiner, in Wien als Tochter von Holocaustüberlebenden geboren, lebt seit 1979 in Israel. Sie studierte Literaturwissenschaft an der Universität Tel Aviv und absolvierte Ausbildungen zur Gruppenmoderatorin, Museumspädagogin und Mediatorin. Die Bildungsexpertin fokussiert in ihrer Arbeit auf unterschiedliche Facetten des deutsch-israelischen sowie österreichisch-israelischen Dialogs, Antisemitismus, Gedenkkultur, die Perzeption Israels und die Rolle von Lebensgeschichten. Anita war bereits in der Vergangenheit Vortragende für die ÖIG.



Anita Haviv-Horiner
Solidarität heißt Handeln
Die israelische Zivilgesellschaft
nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023

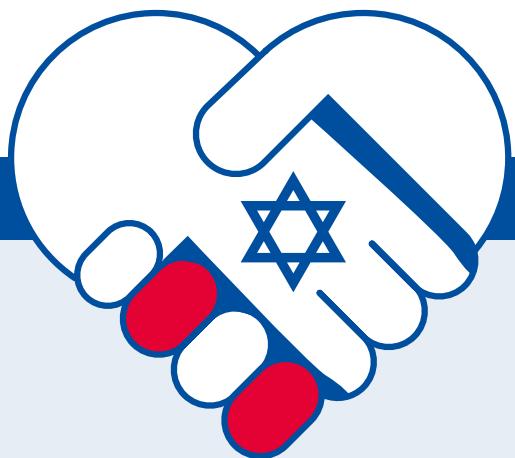
Das Buch kann kostenfrei bei der Bundeszentrale für politische Bildung als PDF heruntergeladen werden.

https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_SR_Solidaritaet-heisst-Handeln_Online_bf.pdf

cher beschriebenen Erzählungen ins Bewusstsein der Leser:innen. Als aktualisierte Auflage des leider vergriffenen Buchs »Das kann einem nur in Wien passieren« zeigt es, dass das Thema immer noch virulent ist, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die beschriebenen Erlebnisse auch überall anders passieren können.

Ruth Wodak (Hg.)
Das kann immer noch in Wien passieren
Alltagsgeschichten
2024, Czernin-Verl.
250 Seiten
ISBN: 978-3-7076-0832-8
€ 24,-/ ebook € 19,99





Liebe Leserinnen und Leser der Schalom!

Wie wir bereits im letzten Jahr ankündigten, bringen wir in der Geschäftsstelle der ÖIG die Datenbank der Mitglieder und Interessent:innen in das 21. Jahrhundert.

Wir möchten Sie alle in Zukunft stärker **schnell** und **effizient** über neue Entwicklungen informieren. Dafür ist es notwendig, möglichst viele E-Mail-Adressen zu erhalten.

Daher möchte ich noch einmal einen Aufruf starten und alle Mitglieder/ Interessenten der ÖIG um die **Zusendung der aktuellen E-Mail-Adressen** bitten. Diese richten Sie einfach an office@oeig.at und wir kümmern uns um den Rest.

Vielen Dank noch einmal für Ihre Mithilfe!

Michael Laubsch, 2. Generalsekretär



ÖSTERREICHISCH-
ISRAELISCHE GESELLSCHAFT
חברה אוסטריה-ישראל